BIS HIERHIN ...



SCHÖN, DASS IHR DA SEID?

Deutschland war schon immer ein Land des Kommens und Gehens. Warum tun wir uns so schwer mit einer guten Willkommenskultur?

ABER WIE WEITER?



Ankunft von Einwanderern auf Ellis Island, New York (links): Die USA und auch Kanada verstanden sich immer als Einwanderungsländer. Eine echte Willkommenskultur blitzte in Deutschland nur einmal kurz 2015 auf

s ist eine unruhige Zeit. Viele Tausend Menschen packen ihr Hab und Gut und machen sich auf den Weg nach Berlin, Magdeburg oder Halle, nach Frankfurt, Köln oder Hamburg. Man hat ihnen in ihrem Land die Bürgerrechte entzogen, und nun folgen sie dem Ruf in ein anderes Land. »Sobald sie sich in einer Stadt niedergelassen haben, sollen ihnen die Rechte eingeräumt werden, die andere Bürger dort genießen«, hat der Landesherr verfügt. Er stellt auch unmissverständlich klar, dass ihnen nicht »das geringste Übel, Unrecht oder Verdruss zugefügt« werden dürfe, sondern vielmehr im Gegenteil ihnen »Hilfe, Freundschaft, Liebes und Gutes erwiesen werden« solle. Die da kommen, sind nicht einfach nur Gäste, sie sollen sich als neue Bürger willkommen fühlen – mit vollen Bürgerrechten.

Ein Blick in eine Zukunft, in der Deutschland endlich seinen Frieden mit sich als Einwanderungsland geschlossen hat? Nein. Der Landesherr ist nicht der Bundeskanzler, sondern Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg. In seinem Edikt von Potsdam hat er 1685 die im katholischen Frankreich verfolgten protestantischen Hugenotten eingeladen, sich in seinem Land niederzulassen. Nicht nur aus Barmherzigkeit für seine Glaubensgenossen, denn sie bringen ein beträchtliches wirtschaftliches Know-how mit.

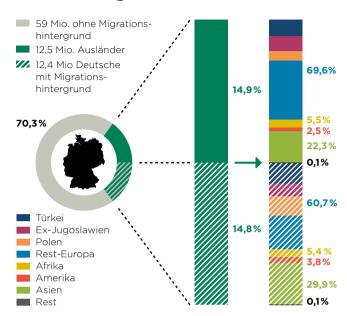
Friedrich Wilhelm setzt alle Hebel in Bewegung, den künftigen Bürgern die Einwanderung leicht zu machen. Seine Gesandten in Hamburg, Köln und Frankfurt sind angewiesen, durchreisenden Hugenotten auf dem Weg in die brandenburgischen Lande behilflich zu sein. Man muss leider feststellen: Eine so umfassende Willkommenskultur wie damals, vor über drei Jahrhunderten, hat es in Deutschland seitens des Staates bis heute nicht wieder gegeben.

Dieses große Land in der Mitte Europas, zwischen Alpen und Nord- und Ostsee, ist immer, darin sind sich Historiker einig, ein Land des Kommens und Gehens gewesen. Menschen zogen aus anderen Teilen Europas hier hin, andere wanderten von hier aus, nach Südosteuropa oder nach Amerika. Es dauerte vom Edikt von Potsdam fast 200 Jahre, bis ein deutscher Nationalstaat gegründet wurde. Doch als der 1871 im Schloss von Versailles von Bismarck ausgerufen wurde, hatte sich etwas geändert. »Deutsch« bezeichnete da nicht länger deutschsprachige Menschen in zahlreichen souveränen Fürstentümern und Königreichen, sondern die Zugehörigkeit zu einer imaginären Gemeinschaft. Auf wundersame Weise schien die gemeinsame Sprache zum Beweis gemeinsamen Blutes geworden zu sein. So falsch diese Vorstellung genetisch, geografisch und historisch ist, sollte sie noch Millionen Menschen in Europa das Leben schwer machen – wenn sie die Konsequenzen überhaupt überlebten. Ein früher Vordenker dieses neuen Verständnisses von »deutsch« war der preußische Dichter Johann Gottfried Herder, nach dem noch heute Straßen und Schulen benannt sind.

»Das Zeitalter fremder Wunschwanderungen und ausländischer Hoffnungsfahrten ist schon Krankheit, Blähung, ungesunde Fülle, Ahndung des Todes«, befand Herder bereits 1774. Zwanzig Jahre später schrieb er: »Völker sollten neben einander, nicht durch- und übereinander drückend wohnen.« Andere Literaten und Philosophen stießen fortan ins selbe Horn, darunter sogar Berühmtheiten wie Friedrich Schiller, der die »deutsche Würde« als eine »sittliche Größe« sah, die »in der Kultur und im Charakter der Nation« wohne.

Während in Frankreich das Volk als Staatsvolk, als demos mit Bürgerrechten, gedacht wurde, wurde es in den deutschsprachigen Ländern zum Abstammungsvolk, zum ethnos. Volk und Staat wurden nicht wie in Frankreich zusammen, sondern getrennt gedacht. »Diese kategoriale Unterscheidung von Staat und Volk wurde in die deutsche politische Theorie übernommen«, schreiben die Historiker Christian Jansen und Henning Borggräfe. Es gab noch keinen deutschen Nationalstaat, nur die heute belächelte »Kleinstaaterei« aus Fürstentümern, in denen zwar Deutsch die Amtssprache war, deren Bürger aber 50 Kilometer weiter schon wieder Ausländer sein konnten. Jansen und Borggräfe stellen unmissverständlich fest: »Um 1800 entstand eine deutsche nationalistische Ideologie, die sich von der in Westund Nordeuropa grundsätzlich unterschied und teilweise bewusst abgrenzte. « Eine Sprache, ein Volk, ein Blut – so könnte man den Kern dieser Ideologie zusammenfassen. Sie prägt bis heute den Umgang Deutschlands mit Einwanderung - und tat es erstmals im Kaiserreich. Dem

Vielfältiges Deutschland 2023



Knapp ein Drittel der in Deutschland Lebenden haben Wurzeln in anderen Teilen der Welt – die meisten in Europa, vor allem in Polen, Ex-Jugoslawien und der Türkei

ersten deutschen Nationalstaat gelang die industrielle Aufholjagd gegenüber Großbritannien nämlich nur mithilfe von Arbeitskräften, die aus anderen Ländern kamen oder andere Sprachen hatten. Auf bis zu 1,2 Millionen wird ihre damalige Anzahl geschätzt. Vor allem Polen – von denen etliche als deutsche Staatsangehörige in Westpreußen und Schlesien lebten – galten als Vorboten einer »slawischen Flut«, die im Osten Deutschlands drohe. Selbst der berühmte Soziologe Max Weber warnte vor dieser Flut.

Zwischen 1885 und 1887 wurden mehr als 30.000 Polen mit russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen. Der Tonfall der Debatte wurde aber noch schriller. Ab 1909 mussten ausländische Arbeiter jederzeit farbige Legitimationskarten bei sich tragen. Polen bekamen rote Karten, Italiener grüne, Belgier und Niederländer blaue. Wer bei einer Polizeikontrolle die Karte nicht bei sich hatte, konnte ausgewiesen werden. 1913 wurde ein neues Staatsangehörigkeitsrecht verabschiedet, nachdem nur Deutscher sein konnte, wer von Deutschen abstammte. Die deutsche Ideologie, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte, war nun offiziell geltendes Recht. Sie führte in den folgenden drei Jahrzehnten in die Katastrophe von zwei Weltkriegen und dem Holocaust mit vielen Millionen Toten. Das Ende des Nationalsozialismus 1945 ist oft als »Stunde

null« bezeichnet worden. Tatsächlich gab es die nicht. Nicht nur, weil die Entnazifizierung durch die Alliierten wenige Jahre später abgebrochen wurde und etliche NSDAP-Mitglieder in Verwaltung und Industrie geholt wurden. Auch die Frage »Wer ist deutsch?« – und damit: »Wer gehört zu Deutschland?« – wurde nicht neu beantwortet. Zwar gab sich die neue Bundesrepublik mit dem Grundgesetz eine in Teilen radikal moderne Verfassung. Aber das alte Denken war nicht beseitigt.

Artikel 3 des Grundgesetzes betont, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien und niemand benachteiligt werden darf aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen und Behinderung. Doch in Artikel 116 ist der »Volksdeutsche« immer noch da: Deutscher im Sinne des Grundgesetzes sei auch, wer »als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit« in die Bundesrepublik gekommen sei. »Das ist höchst problematisch«, sagt Maria Alexopoulou, Historikerin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der TU Berlin. »Der Volksdeutsche blieb sehr lange noch die Kontrastfolie, an der bestimmt wird, wer dazugehört und wer kommen und bleiben darf. Das wirkt bis heute nach.«

Als im »Wirtschaftswunder« nach 1955 in mehreren Anwerbeabkommen »Gastarbeiter« ins Land geholt werden, ist für die Deutschen klar: Sie kommen nicht, um zu bleiben. Denn sie gehören ja nicht dazu. Sie arbeiten hier, verdienen gutes Geld und gehen dann zurück in ihre Heimat. Das aber tun sie nicht, und in der westdeutschen Gesellschaft macht sich Nervosität breit. Sogar der Spiegel schreibt im Juli 1973: »Die Türken kommen - rette sich, wer kann.« Die Anwerbung wird noch im selben Jahr gestoppt, doch die neuen hart arbeitenden Mitglieder der westdeutschen Gesellschaft holen Familienangehörige nach. Helmut Kohl wird 1982 zum Bundeskanzler gewählt, im Koalitionsvertrag von Union und Liberalen heißt es: »Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.« Diese Haltung ist breiter Konsens – auch der vorherige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt hat ein Jahr zuvor bekundet: »Die Bundesrepublik soll und will kein Einwanderungsland werden.«

1983 Jahr legt Kohls Regierung ein Rückkehr-Programm auf: 10.500 D-Mark und die in die Rentenversicherung eingezahlten Beiträge erhält jeder »Gastarbeiter«, der die Bundesrepublik verlässt. Und doch bleiben viele in ihrer neuen Heimat. Zählt die Bundesrepublik 1980 4,6 Millionen, sind es 1985 – ein Jahr nach dem Rückkehr-Programm – nur 100.000 weniger. Beim Mauerfall vier Jahre später leben bereits fünf Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Westen der Republik (siehe Grafik).

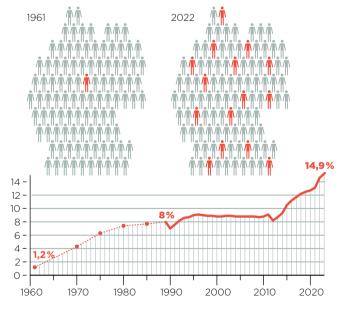
Die Globalisierung bringt Menschen in aller Welt dazu, sich in der Ferne einen guten Job zu suchen.

Gleichzeitig treiben Kriege Millionen Menschen in die Flucht. So sind bis heute immer mehr Menschen aus anderen Ländern auch in die Bundesrepublik gekommen. Inzwischen sind es rund 12,5 Millionen ohne deutschen Pass und weitere 12,4 Millionen mit einem deutschen Pass, die selbst oder deren Elternteile im Ausland geboren sind. 24,9 Millionen Menschen mit einer sogenannten Migrationsgeschichte (siehe Grafik). Was erleben sie in Deutschland?

Die Eltern der Hamburger Kulturmanagerin Ana Amil kamen Anfang der 1970er-Jahre als »Gastarbeiter« aus Spanien und aus Portugal nach Deutschland. Amil ist hier geboren. »Meine Familie kommt aus dem ›guten‹ Ausland«, sagt sie. Deshalb sei sie zwar nicht offen diskriminiert worden. »Aber ich kam mir lange wie eine Diversitätsfüllmasse vor. Ich war willkommen, wurde aber nicht ernst genommen.« Wenn sie in früheren Jahren etwa bei politischen Aktivitäten Vorschläge machte, wurden die oft ignoriert. »Ohne die Förderung durch meinen sehr politischen Vater und einige Einzelpersonen, die meinen Willen und mein Potenzial gesehen haben, hätte mich das irgendwann frustriert«, sagt Amil.

Die Hamburger Künstlerin Monty wurde mit 15 Jahren von ihren Eltern aus der Islamischen Republik Iran nach Deutschland geschickt. Sie habe die kleinen Spitzen des Alltagsrassismus anfangs gar nicht richtig

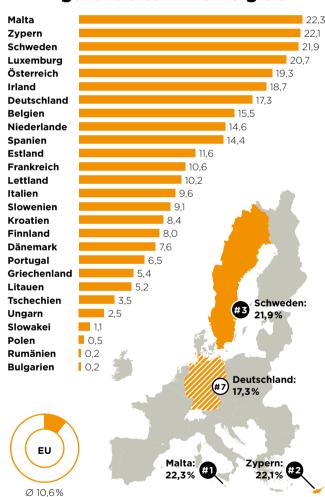
Bundesbürger ohne deutschen Pass



Die Einwanderung hat seit 1960 stetig zugenommen. Den »Gastarbeitern« folgten deren Familien, später Jobsuchende und Kriegsflüchtlinge

wahrgenommen. Etwa von einem Hochschul-Professor, der ihre künstlerische Arbeit als »kitschigen Ausdruck ihrer orientalischen Herkunft« abkanzelte. Oder eine Behördenmitarbeiterin, die für die Einbürgerung trotz ihres akzentfreien Deutschs einen Deutschtest verlangt. Monty sagt: »Ich habe mich lange als Gast gefühlt. Erst mit der Geburt meiner Tochter hat sich das geändert.« Und doch musste sie sich in der Corona-Zeit beim Job-Center anhören: »Sie können doch nicht einfach hierherkommen und Geld beantragen.« Im Alltag benutzt sie immer wieder den Nachnamen ihrer Tochter, der klinge weniger »verdächtig«. Drittes Beispiel: eine junge Juristin, deren Familie aus Westafrika stammt. In Frank-

Eingewanderte im EU-Vergleich



Der Vergleich zeigt, wie groß in einem EU-Land der Anteil der Menschen ist, die dorthin selbst eingewandert sind. Ihre in dem Land geborenen Kinder werden in dieser Betrachtung von Eurostat nicht mitgezählt (Stand 2021)

reich hat sie ihren Jura-Abschluss gemacht. Seit Kurzem ist sie Compliance Officer in einem Hamburger Unternehmen mit 2.000 Mitarbeitern. Als sie das erste Meeting mit verschiedenen Abteilungsleitern betrat, sagten einige, man müsse noch auf den neuen Compliance Officer warten. »Ich wurde für die Assistentin oder eine Praktikantin gehalten.« Sie ließ die Kollegen 20 Minuten schmoren und klärte die Situation erst dann auf. »Da haben einige Entschuldigungen gestammelt.«

Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte können solche Geschichten erzählen. Es sind diese vielen kleinen Begebenheiten im Alltag und in Institutionen, in denen sich immer noch das überkommene ethnische Selbstbild der deutschen Mehrheitsgesellschaft zeigt. Oft ohne böse Absicht. »Deutschland kommt immer noch nicht damit zurecht, dass das ›deutsche‹ Volk als Souverän des Staates nicht ein Volk homogener Herkunft ist«, sagt Maria Alexopoulou. Dies zeigt die seit einiger Zeit immer schriller geführte Debatte um Migration deutlich. Die Beschwörung einer »islamischen Gefahr« ist im Grunde nur die Neuauflage der Beschwörung einer »slawischen Flut« vor 140 Jahren.

Hat sich also nichts geändert? Doch. Die jüngeren Generationen mit Migrationsgeschichte nehmen die Zumutungen nicht länger hin. Sie erzählen ihre Geschichten. Sie fordern, in Institutionen und in Gremien angemessen repräsentiert zu sein, wie die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Willkommenskultur in Krisenzeiten zeigt. »Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen stärker wahr, dass die Gleichbehandlung, dass eine Inklusion in der deutschen Gesellschaft, etwa im Hinblick auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, noch nicht richtig verwirklicht ist«, sagt die Politikwissenschaftlerin Ulrike Wieland, die die Studie geleitet hat.

Die Mahnungen in Politik und Wirtschaft, Deutschland müsse seine Willkommenskultur verbessern, gehen indes an der Sache vorbei. Wer willkommen geheißen wird, ist üblicherweise Gast. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte sehen sich jedoch nicht als Gäste, sondern als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Sie wollen ankommen und dazugehören, nicht nur willkommen geheißen werden.

Es gibt aber durchaus Grund zur Hoffnung, dass das noch gelingen könnte. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 durch die rot-grüne Koalition brach erstmals mit dem Verständnis von »Deutschsein«, wie es seit 1913 galt. Seitdem können in Deutschland geborene Kinder von Eingewanderten mit 18 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen – allerdings unter Verzicht auf diejenige der Eltern. Anfang dieses Jahres verabschiedeten Bundestag und Bundesrat das Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetz. Es erleichtert nicht nur die Einbürgerung, sondern beseitigt auch die Auflage, die alte Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen. Damit schließt sich Deutschland dem Standard

von Einwanderungsstaaten an. Allein in der EU erlauben 22 Länder die doppelte Staatsbürgerschaft.

Für Tarik Tabbara, Professor für Staatsangehörigkeitsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, geht dies in die richtige Richtung. »Die Einbürgerung sollte nicht Ziel der 'Integration' sein, sondern ein Mittel, um sie zu erreichen. "Für ihn ist Kanada ein Vorbild. Wer im Regelfall dort drei Jahre gelebt hat, kann die kanadische Staatsangehörigkeit beantragen. »Die Grundannahme ist: Jeder kann ein Citizen werden, und der kanadische Staat hat ein aktives Interesse daran, Eingewanderte zu Citizens zu machen", so Tabbara.

Citizen bedeutet: vollwertiger Staatsbürger mit allen Rechten, auch dem Wahlrecht. Denn es ist für eine Demokratie nicht gut, wenn ein erheblicher Teil der Gesellschaft nicht aktiv an ihr teilnehmen kann. Bei der Bundestagswahl 2021 konnten 16,7 Prozent der in Deutschland Lebenden über 18 Jahre aufgrund ihres Ausländerstatus nicht mitwählen – obwohl sie Steuern zahlen und den Sozialstaat mitfinanzieren. Tabbara schlägt deshalb vor, langfristig den Begriff des Staatsbürgers von der Staatsangehörigkeit zu trennen. Wer dauerhaft im Land lebt, darf wählen. Neuseeland ist diesen Schritt vor einigen Jahren schon gegangen.

Bis dahin bleibt in Deutschland viel zu tun: Migrationsämter müssten besser ausgestattet, die Mehrsprachigkeit ihrer Mitarbeiter und der notwendigen Formulare vorangetrieben werden – und die Möglichkeiten, rasch die deutsche Sprache zu erlernen, müssten massiv ausgeweitet werden. Denn die deutsche Sprache zu beherrschen, ist für fast alle der in Deutschland Lebenden mit Migrationsgeschichte das entscheidende Merkmal, eine Person als deutsch anzusehen. Zu diesem Ergebnis kam 2016 die Studie *Deutschland Postmigrantisch III* von Coşkun Canan und Naika Foroutan von der Humboldt-Universität zu Berlin. Sprache aber hat nichts mit Abstammung zu tun.

Um dies zu erreichen, ist allerdings noch etwas nötig. »In Deutschland gab es in der Vergangenheit allerhöchstens ein ›Wir schaffen das‹, ... aber nie ein ›Wir wollen das‹‹, schreibt die Journalistin Gilda Sahebi in ihrem eindrucksvollen Buch Wie wir uns Rassismus beibringen. Es sind inzwischen viele Menschen in dieser Republik, die das wollen, mehr als je zuvor in eineinhalb Jahrhunderten deutscher Nationalstaatsgeschichte. Hier ist eine historische Chance, den deutschen Sonderweg zu verlassen und auf den Weg des Kurfürsten Friedrich Wilhelm zurückzukehren: nämlich allen, die hier angekommen sind, »Hilfe, Freundschaft, Liebes und Gutes« zu erweisen – und sie zu gleichberechtigten Citizens ohne Wenn und Aber zu machen.

Niels Boeing ist St. Paulianer, Westfale, Europäer. Die Bundesrepublik könnte für ihn auch genauso gut Bundesrepublik Zentraleuropa oder Bundesrepublik Rhein-Oder heißen.



HAW-Professur – Karriere mit Wirkung

Wer eine Karriere mit nachhaltiger Wirkung sucht, liegt mit einer Professur an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) genau richtig, denn hier dreht sich Forschung immer um anwendungsbezogene Lösungen. Das bestätigt auch die Ernährungswissenschaftlerin Prof. Dr. Shoma Barbara Berkemeyer von der Hochschule Osnabrück, die wir gefragt haben, wie HAW zu einer nachhaltigeren Zukunft beitragen.

Sind HAW besonders geeignet, um schnell auf Herausforderungen zu reagieren? HAW sind ideal dafür geeignet, weil sie Lösungen für neue Herausforderungen – vor allem auch in Kooperation mit externen Partner*innen – entwickeln. Gerade an den HAW können wir daher Maßnahmen schnell und praxisnah umsetzen und vor allem auch in die Ausbildung künftiger Fachkräfte einfließen lassen.

Welchen Einfluss kann man als Professor*in in Sachen Nachhaltigkeit ausüben? Hier existieren sehr viele Möglichkeiten in der Lehre, der Forschung und in Gremienarbeiten. Zudem haben wir die Chance, Akteure zusammenzubringen, die sonst gar nicht zueinanderfinden würden, sowie Initiativen zu unterstützen.

In welcher Form arbeiten Sie mit externen Partner*innen zusammen, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen? Unsere Hochschule, der Fachbereich und die Studierenden arbeiten eng mit vielfältigen regionalen, nationalen und auch internationalen Akteuren zusammen. Dies geschieht in Form von Projekten, Programmen, Exkursionen oder Gremienarbeit – sowohl in aktiver Teilnahme als auch in beratender Tätigkeit.

Sie interessieren sich auch für eine HAW-Professur? Dann informieren Sie sich hier: www.haw-professur.de

KONTAKT

Kampagne »Die HAW-Professur« c/o Hochschule Fulda Leipziger Straße 123, 36037 Fulda info@haw-professur.de, www.haw-professur.de







Weitere Informationen zum Bund-Länder-Programm FH-Personal unter www.fh-personal.de